

Dr. Holdefeit
~~Dr. Holdefeit~~
Dr. May
von Wippl

Zweites Gespräch / Realize DR-Flüchtling

Demo: DDR-Geflüchtete 7-10 Minuten

- Bedanken für die Gelegenheit sprechen zu können
- **Vorvorvor...gängerpartei** hat viel Unrecht begangen. *Kol. rezeptol. Fehler, Inke, Verträge*
- Ihnen wurde in der DDR Unrecht angetan, aber heute geht es darum, dass Ihnen dann in der neuen Bundesrepublik auch Unrecht angetan wurde.
- Vor der Wende hieß es: Flüchtlinge und Übersiedler – Brüder und Schwestern sagte man damals gerne - aus der DDR und Berlin (Ost) werden in der Rentenversicherung grundsätzlich so behandelt, als ob Sie Ihr gesamtes Arbeitsleben in der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt hätten.
- Sie kennen alle die **Broschüre**, die man bei Grenzübertritt erhielt.
- Darauf hatten sich rund **316 000 Betroffene** verlassen.
- Viele Jahre später erhielten Sie Ihren ersten Rentenbescheid, und Sie wurden bitter enttäuscht;
- Seit **1993** wurden dann nämlich die nach 1936 geborenen Übersiedlerinnen und Übersiedler und die DDR-Flüchtlinge **rentenrechtlich wieder wie DDR-Bürgerinnen und -Bürger behandelt.**
- Mehrere Hundert Euro! *und darauf ist es! kein d. Bsp. de Rentenbescheid! BRD-d-1993*
- Ob das im Rentenüberleitungsgesetz so geregelt wurde, wo das genau stehen soll und ob das alles Hand und Fuß hat.
- Das ist alles höchst umstritten.
- Aber die **Ungerechtigkeit** wurde dann anerkannt.
- Ich erinnere an meinen leider zu früh verstorbenen Kollegen **Ottmar Schreiner** *2012*
- Eine Lösung war greifbar
- Im **Petitionsausschuss** waren sich in der vergangenen Legislaturperiode alle Fraktionen einig, dass hier nun endlich gehandelt werden muss.
- Auch die zusätzlich eingeholten Berichte und Gutachten ergaben keinen triftigen Grund, dann plötzlich das Verfahren untätig zu beenden. *Verfahren MWA 2*
- Aber genau das ist geschehen. Deshalb haben Sie eine neue Petition eingereicht.
- Und wir haben im Bundestag gemeinsam mit den Grünen (das kommt auch nicht sehr oft vor) den **Antrag der SPD wortgleich** eingebracht. *Ottmar*
- Heute leider anders: Die **Union: Schweigekartell**
- **SPD bedauert** zwar das Unrecht, aber bietet keine Lösung an!
- **Trotz Herrn Schulz**, der immer davon spricht, dass Fehler gemacht wurden!
- Deshalb sahen und sehen wir als Opposition es als unsere Pflicht an, Ihnen im Parlament eine Stimme zu geben.

Plumier

- Aber wir haben es zumindest geschafft mit Ihrer Unterstützung dass noch einmal Fernsehberichte, Zeitungsartikel usw. erscheinen sind.
- Wir haben Öffentlichkeit geschaffen.
- Auch wenn die erste Petition erfolglos abgeschlossen wurde, aber sie geben nicht auf und haben eine neue Petition eingebracht. *Brot & Butter*
- Leider wurde auch eine **Klage vor dem Bundesverfassungsgericht im Dezember 2016 nicht angenommen.**
- Es ist mehr als verwunderlich, dass das Gericht nach mehr als vier Jahren Wartezeit nicht in der Sache entschieden hat, sondern bemängelt, dass der Beschwerdeführer nicht ausführlich genug auf die Rechtslage eingegangen sei.
- Dabei ist die Rechtslage klar,
- Dabei ist die Ungerechtigkeit doch klar, *die sie alle rückwirkend wieder zu DDR-Bürgerinnen und Bürgern gemacht, doch* mehr als offensichtlich.
- **Würde es die DDR heute noch geben, stünden Sie heute besser da.**
- Wie absurd!
- Die Große Koalition duckt sich weg und das Bundesverfassungsgericht genauso.
- Aber ich weiß, dass Sie - die Betroffenen - nicht locker lassen, allen voran die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge unter ihrem Vorsitzenden Dr. **Jürgen Holdefleiß.**
- Sie kämpfen - wie ich finde, völlig zu Recht - weiter engagiert um die Ihnen versprochene Rente. *Ich würde sie auf ca. 42. St. Mark. pro Woche*
- Deshalb richte ich mich am Ende noch einmal an die SPD, an **Herrn Schulz:**
- **Lassen Sie es nicht zu, dass aus ehemaligen Flüchtlingen, die zu integrierte Bundesbürgern geworden sind wieder DDR-Bürger werden.**
- Nehmen Sie die Fehler der Vergangenheit zurück.
- Schaffen Sie soziale Gerechtigkeit.
- Gute Resolution: Zwei Punkte *700 T*
- Die Einbeziehung in das RÜG muss rückabgewickelt werden!
- Dass Versprechen, dass man Ihnen beim Grenzübertritt gegeben hatte, muss gehalten werden!
- Darin versprach der Bundesinnenminister - ich zitiere -:
- „... Übersiedler ... werden in der gesetzlichen Rentenversicherung grundsätzlich so behandelt, als ob sie ihr gesamtes Arbeitsleben in der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt hätten.“